

Beispiele aus Politik und Musik vor, in denen die Gedichtzeile „Feja e shqypitarit asht shqyp-tarija“ (Der Glaube der Albaner ist das Albanertum) zitiert wird.

In der Abschlussdiskussion, moderiert von *Evelyn Reuter*, resümierten die Teilnehmer:innen, welche Themen und Ansätze für sie besonders wurden die kaum untersuchten Themen der Minderheiten, der Plurizentrik, interdisziplinäre Ansätze, diasporische, transnationale und andere Verflechtungsperspektiven sowie der Ansatz zur Erstellung eines digitalen Korpus. Weitere innovative Ansätze wurden darin gesehen, über „Innovation“ an sich zu sprechen sowie in Forschungsk Kooperationen anstatt von Wettbewerben. Dazu zählt auch die Idee zu Forschungsstandems und zu Wissenschaftskommunikation mit nicht-akademischem Publikum via Social Media oder Podcasts. Darüber hinaus wurde das Online-Format als zukunftssträftig wahrgenommen, so dass auch weitere Zoom-Events vorstellbar sind. Ein weiterer Vorteil von Online-Veranstaltungen wurde darin gesehen, dass sich auch weitere Interessierte in der Konferenz (spontan) einbringen konnten.

Christian Voß stellte Perspektiven und Möglichkeiten vor, mit einem durch Drittmittel finanzierten Projekt nach Deutschland zu kommen, zum Beispiel über den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) oder die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Als Kooperationspartner berichtete *Christoph Giesel* von der Friedrich-Schiller-Universität Jena kurz von der vorangegangenen Konferenz in Jena, um weitere Ideen zu sammeln und um ein nachhaltiges Forschungsnetzwerk aufzubauen. *Lumnije Jusufi* gab einen Überblick über eine geplante Publikation in der Reihe „Studies on Language and Culture in Central and Eastern Europe“, die von Christian Voß im Peter Lang Verlag herausgegeben wird.

Das abschließende Feedback der Teilnehmenden war Dankbarkeit für die Organisation einer solchen Konferenz, für die Netzwerkmöglichkeiten und dafür, in dieser Pandemie nicht allein gelassen zu werden. Erfreut über diese Rückmeldungen zur Konferenz schlossen die Organisator:innen die Konferenz ab.

Podiumsdiskussion

Die Insel Zypern vor der endgültigen Teilung? Eine aktuelle Bestandsaufnahme

Christiane Schlötzer-Scotland im Gespräch mit Banu Güven und Dr. Ronald Meinardus
Die Podiumsdiskussion fand am 21. Oktober 2021 in der Geschäftsstelle der Südosteuropa-Gesellschaft in München statt und wurde live übertragen.

Bericht von Wladimir Dirksen, München

Nach Jahrzehnten vergeblicher Bemühungen um eine bi-kommunale Lösung des Zypernkonflikts droht ein Ende der Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung der seit 1974 geteilten Insel. Bei seinem Besuch auf Zypern hat der türkische Präsident *Recep Tayyip Erdoğan* jüngst erklärt, dass für ihn nur noch eine Zwei-Staaten-Lösung in Frage komme. Es scheint somit, dass Ankara mit Nachdruck auf eine endgültige Teilung der Insel hinarbeitet. Die Türkei begibt sich damit weiter auf Konfrontationskurs mit der EU, die

eine engere Kooperation mit Ankara unter anderem von glaubhaften Schritten einer Deeskalation im östlichen Mittelmeer abhängig macht.

Unter Moderation einer langjährigen Kennerin der Region, der Autorin und ehemaligen Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung in Athen und Istanbul, *Christiane Schlötzer-Scotland*, diskutierten die seit 2018 in Deutschland lebende türkische Journalistin und Fernsehmoderatorin *Banu Güven* und der Politikanalyst und Autor

Dr. Ronald Meinardus über aktuelle Entwicklungen und Perspektiven der Zypern-Frage.

Moderatorin *Schlötzer-Scotland* eröffnete die Veranstaltung mit dem Hinweis darauf, dass Nikosia die letzte geteilte Hauptstadt Europas ist und der nunmehr Jahrzehnte andauernde Streit um deren Status die europäischen Partner des Landes ermüdet hätte und deshalb wenig Beachtung in Brüssel finden würde. Um in dieser Diskussion zu ergründen, warum das so ist und was man an diesem Zustand ändern könne, fasste *Schlötzer-Scotland* zunächst die Geschichte und aktuelle Sachlage der Teilung Zyperns als Grundlage für die Diskussion zusammen.

Hintergründe des Konflikts

Zypern ist seit 1974 faktisch in die Republik Zypern, in der etwa 900.000 in der Mehrheit griechische Zyperer leben, und in die allein von der Türkei anerkannte türkisch-zyprische „Republik Nord-Zypern“, welche 300.000 Einwohner zählt, geteilt. Die Trennlinie verläuft auch durch die Hauptstadt Nikosia, sie ist erst seit 2008 passierbar. Insbesondere für Touristen ist es einfach, mit gültigen Ausweisdokumenten die Grenze zu überqueren. Ebenso ist es für griechische und türkische Zyperer möglich, die Checkpoints an der Grenze zu passieren. Türkische Staatsbürger werden jedoch von der griechischen Seite nicht durchgelassen. Im Jahr 2004 gab es mit dem sogenannten „Annan-Plan“ den letzten großen Wiedervereinigungsversuch unter Vermittlung der Vereinten Nationen. Der Annan-Plan ist von den türkischen Zyperern mit über 65 Prozent Zustimmung geradezu euphorisch angenommen worden, wohingegen 76 Prozent der griechischen Zyperer ihn klar abgelehnt haben. Nichtsdestotrotz trat die Republik Zypern am 1. Mai 2004 der EU bei. Im Süden der Insel gilt seitdem EU-Recht. Trotz der erleichterten Bewegungsfreiheit für Zyperer beider Seiten nach dem EU-Beitritt des südlichen Landesteils sei das Misstrauen zwischen beiden Parteien laut *Schlötzer-Scotland* dennoch deutlich gewachsen.

Zu den Gründen für diese Entwicklung befragte *Schlötzer-Scotland* den derzeit in Athen lebenden Experten Dr. Ronald Meinardus. Als ehemaliger Leiter des Istanbulers Büros der FDP-nahen

Friedrich-Naumann-Stiftung, für die er neben vielen anderen Ländern auch schon in Griechenland zuständig war, ist Meinardus derzeit als Senior Research Fellow Experte für griechisch-türkische Beziehungen beim renommierten griechischen Think-Tank ELIAMEP tätig. Der Analyst erinnerte daran, dass die türkischen und griechischen Zyperer bis 1974 meist friedlich Seite an Seite gelebt haben. Über den genauen Zeitpunkt des Aufflammens des Konflikts wäre man sich zwar nicht einig, jedoch hätte die Lebensrealität auf Zypern vor 1974 eine Teilung der Bevölkerungsgruppen nie absehbar gemacht. Die Aufteilung der „Mischbevölkerung“ hätte sich nach der militärischen Intervention der Türkei als Antwort auf einen aus Athen gesteuerten Putschversuch griechisch-zyprischer Offiziere im Jahr 1974 unter anderem in Form von „ethnischen Säuberungen“ vollzogen. Insofern stelle die Teilung der Bevölkerungsgruppen im historischen Kontext Zyperns eine relativ neue Situation dar.

Die zeitweilig „hermetische“ Trennung habe laut *Meinardus* zu einer Entfremdung beider Gruppen geführt, die es in früheren Generationen der Zyperer nicht gegeben hätte. Nichtsdestotrotz bestünde in beiden Bevölkerungsteilen der Insel weiterhin das Gefühl, dass ihre jeweilige Identität sich grundlegend von derjenigen der Bürger in Griechenland und der Türkei unterscheide. Die Frage, welche sich in der Diskussion stelle, sei die nach dem Interesse der beiden Parteien an einer einvernehmlichen, föderalen Lösung des Status Zyperns. Politisch spreche man heute jedoch von zwei unterschiedlichen Modellen, welche einerseits ein föderales, einheitliches Land Zypern vorsähen und andererseits eine Zwei-Staaten Lösung anstreben würden.

Die Vereinten Nationen hätten in zahlreichen Resolutionen das Modell einer bi-kommunalen Föderation gefordert, während vonseiten der türkischen Regierung derzeit eine Zwei-Staaten-Lösung forciert werde. Laut *Meinardus* würde es jedoch in beiden Teilen der Insel Mehrheiten für eine Föderation in einem Staat geben. Selbst im türkischen Norden Zyperns beträgt die Zustimmung zu einer Föderation laut aktuellen Umfragen über 50 Prozent. Das Gefühl, eine gemeinsame zyprische Nation zu sein, nehme jedoch auf beiden Seiten mit immer neuen

Generationen, die in der Teilung sozialisiert werden, ab. Daher drücke sich in Umfragen die Zustimmung für eine föderative Lösung vorwiegend im Antwortverhalten älterer Generationen aus. Es gebe zwar zivilgesellschaftliche Aktivitäten, welche die Gemeinsamkeiten beider Gruppen betonten, jedoch seien diese Veranstaltungen ebenfalls eher dem betagteren Altersspektrum zuzuordnen, in dem es noch Erinnerungen an eine gemeinsame Zeit gebe.

Moderatorin *Schlötzer-Scotland* wies darauf hin, dass es, entgegen dieser Einschätzung, kürzlich auch unter jüngeren Generationen auf Versöhnung ausgerichtete Initiativen gegeben habe. Nichtsdestotrotz habe der Norden der Insel auf Schlötzer-Scotland bei ihrer kürzlichen Reise einen „viel türkischer[en]“ Eindruck gemacht, als es noch vor vier Jahren der Fall gewesen wäre. Sie verwies darauf, dass es augenscheinlich viele Neubauten im Norden der Insel gebe und fragte *Banu Güven* nach weiteren unmittelbaren Folgen der nicht gelungenen Wiedervereinigung der Insel.

Die gebürtige Istanbulerin *Banu Güven* arbeitete ab 1992 als Journalistin für die Zeitung *Milliyet* und dann als Moderatorin für den Nachrichtensender NTV, bis sie aus politischen Gründen entlassen wurde. Der Sender, für den sie später tätig war, wurde 2016 während des Ausnahmezustands nach dem Putschversuch geschlossen. Inzwischen lebt und arbeitet sie in Deutschland und ist unter anderem für die Deutsche Welle und den WDR tätig. Hierbei hat sie eine Reihe von Auszeichnungen, wie zum Beispiel den Henri-Nannen-Preis, erhalten.

Warum misslingt die Wiedervereinigung?

Auf die Frage zu den Folgen der misslungenen Wiedervereinigung schilderte *Güven*, dass sie den Eindruck habe, dass der türkische Präsident Erdoğan aus Nord-Zypern „eine Art kleine Türkei machen“ wolle. Neben einem Präsidentenpalast solle auch eine zweite große Moschee gebaut werden. An dieser Stelle kam *Güven* auf den Abend der Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyprioten und die unmittelbaren Folgen zu sprechen. *Güven* erzählte von den Eindrücken, die sie an jenem Abend durch die Reaktion ihrer Bekannten und Freunde auf der Insel gewonnen habe. Dem-

nach sei die Verzweiflung auf türkischer Seite sehr groß gewesen. Insbesondere der am 1. Mai 2004, also eine Woche nach Ablehnung des Annan-Plans, beschlossene EU-Beitritt Zyperns habe auf türkischer Seite die Erkenntnis wachsen lassen, dass für längere Zeit keine Aussicht mehr auf eine Wiedervereinigung bestehen würde.

Nach 2004 habe es im Norden der Insel einen regelrechten Bauboom gegeben, so dass die enttäuschte Aussicht auf eine Wiedervereinigung und die damit verbundene Trennung metaphorisch zementiert worden ist. Der Bauboom gehe auch heute noch weiter und sorgte laut *Güven* für eine steigende Popularität Erdogans im Nordteil der Insel. Die Bevölkerung Nord-Zyperns habe sich auch in ihrer Zusammensetzung stark turkisiert. Neben den derzeit 140.000 türkischen Zyprioten hätten sich seit 2004 über 100.000 türkische Staatsbürger im Norden Zyperns angesiedelt. In Folge hätte der Einfluss Ankaras in Nord-Zypern stark zugenommen. Beispielsweise werde ein „Wähler-Tourismus“ betrieben, indem türkische Neu-Zyprioten kurz vor Wahlen im Norden der Insel eigens eingeflogen würden, so *Güven*. Trotz der verfahrenen Situation würden aber viele Jugendliche durch Projekte wie das seit über einem Jahrzehnt bestehende Cyprus Friendship Program dennoch eine engagierte, bi-kommunale Zusammenarbeit pflegen.

An dieser Stelle kam *Schlötzer-Scotland* auf die Gründe der griechisch-zyprischen Absage an eine gemeinsame föderative Staatsform im Jahr 2004 zurück. Sie schilderte, dass die populistische Rhetorik des damaligen Präsidenten der Republik Zypern, Tassos Papadopoulos (2003–2008), der beispielsweise mit seinen Aussagen über den bevorstehenden „Tod des Hellenismus“ im Falle einer Vereinigung mit Nord-Zypern gewarnt hatte, wesentlich zum Abstimmungsergebnis in Süd-Zypern beigetragen habe. Dieser Populismus der griechisch-zyprischen Regierung habe in krassem Gegensatz zur Offenheit des türkischen Präsidenten Erdoğan gegenüber dem Annan-Plan in dieser Periode gestanden. Heute sehe die Situation auf der türkischen Seite jedoch ganz anders aus und Erdoğan sei derjenige, der sich vehement für die Zwei-Staaten-Lösung einsetze.

Zu den Gründen für diesen Sinneswandel befragt, schilderte *Meinardus* die veränderten innenpolitischen Gegebenheiten in der Türkei. Der anfänglich im „Westen“ gefeierte „Liberalisierer“ und „Demokrat“ Erdoğan habe in Europa großes Ansehen genossen. Die damit verbundene Perspektive zu einem EU-Beitritt habe Erdoğan enorm innenpolitischen Aufwind beschert. Nachdem der eingeschlagene Weg in die EU sich aber als Sackgasse erwies und seine Unterstützung innerhalb der türkischen Bevölkerung zu sinken begann, habe sich Erdoğan in einem autoritären Politikumschwung immer populistischerer Rhetorik bedient. Der türkisch-zyprische Wunsch nach einer Teilung Zyperns („Taksim“) sei genauso wie der griechisch-zyprische Wunsch nach einem Anschluss Zyperns an Griechenland („Enosis“) in nationalistischen Kreisen beider Parteien sehr früh formuliert worden.

Nach dem Scheitern des letzten großen Anlaufs von Verhandlungen im schweizerischen Crans-Montana 2017 stelle jedoch die sukzessive Favourisierung einer Zwei-Staaten-Lösung durch die Türkei eine neue Entwicklung dar. Laut *Meinardus* vergehe heute kaum ein Tag, an dem dieses Thema nicht auf offizieller Ebene seitens der türkisch-zyprischen oder der Regierung in Ankara auf die Tagesordnung gesetzt werde. Diese Entwicklung würde derzeit sogar so weit gehen, dass von türkischer Seite eine Rückkehr an den Verhandlungstisch nur noch unter der Voraussetzung einer sogenannten „souveränen Gleichheit“ – einer faktischen Anerkennung Nord-Zyperns als eigenständiges Land – möglich gemacht werde.

Auf die Frage von *Schlötzer-Scotland*, ob die EU oder die Vereinten Nationen das jemals akzeptieren könnten, stellte *Meinardus* klar, dass die Türkei mit dieser Position auf internationaler Ebene absolut isoliert ist. Selbst Aserbaidschan, China oder Pakistan würden vor dem Präzedenzfall einer nach ethnischen Kriterien vollzogenen Abspaltung eines Landesteils zurückschrecken. Momentan sei angesichts dieser offiziellen türkischen Politik bei den Verhandlungen beider Seiten daher „ein absoluter Stillstand“ erreicht, so *Meinardus*. Man bemühe sich deshalb auf griechisch-zyprischer Seite eindringlich um die Benennung eines UN-Sondergesandten, was von türkischer Seite abge-

lehnt werde. Eine Einmischung der Vereinten Nationen oder der EU werde von der Türkei mittlerweile vehement abgelehnt.

Schlötzer-Scotland verwies darauf, dass sich laut Türkei-Experten auch die Regierung in Ankara sehr wohl darüber im Klaren sei, dass es realistisch gesehen nur eine föderale Lösung der Zypern-Frage geben könne. Jedoch würde die türkische Regierung mit dem Beharren auf Maximalforderungen versuchen, ihre Verhandlungsposition so weit zu stärken, dass sie auf „einen lose zusammenhängenden Staat“ Zypern möglichst viel Einfluss ausüben kann.

Zur Forderung nach einer gleichberechtigten Anerkennung Nord-Zyperns dürfe man laut *Güven* aber nicht vergessen, dass der ehemalige Präsident Nord-Zyperns, Mustafa Akıncı (2015–2020), der durchaus „seine Probleme mit Recep Tayyip Erdoğan“ gehabt habe, die Verhandlungen in Crans-Montana 2017 deshalb verlassen habe, weil die „griechische Seite eine politische Gleichstellung der türkischen Seite Zyperns immer noch nicht akzeptiert“ hätte. Daher werde es laut *Güven* in absehbarer Zukunft ohne eine politische Gleichstellung Nord-Zyperns auch keine bi-kommunale Lösung des Problems geben können.

Die Perspektive eines EU-Beitritts habe Erdoğan laut *Güven* einen enormen innenpolitischen Aufwind beschert und eine bemerkenswerte Professionalisierung des türkischen Außenministeriums bewirkt. Als Journalistin habe sie diese wichtige Abkehr vom Status quo einer umfassenden Abhängigkeit der türkischen Außenpolitik vom Militär, die mit der EU-Beitrittsperspektive eingesetzt habe, aus erster Hand erfahren können. Nachdem der Annan-Plan jedoch abgelehnt worden sei, wurde auf Zypern nur der südliche Teil Mitglied der EU. Die EU-Mitgliedschaft Zyperns und ihr damit verbundenes Veto-Recht über eine mögliche Mitgliedschaft der Türkei habe auf türkischer Seite einen erneuten Rückschlag in der Hoffnung auf einen baldigen Beitritt dargestellt. Ferner habe die von der Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Nikolas Sarkozy angebotene „besondere Partnerschaft“ zwischen der EU und der Türkei die Regierung in Ankara sehr verärgert

und verbleibende Hoffnungen zunichte gemacht.

Sonderfall Varosha

Schlötzer-Scotland kam auf die jüngste Provokation des türkischen Staatspräsidenten in der Zypern-Frage zu sprechen und erzählte von ihrem kürzlichen Besuch der seit 1974 geschlossenen, ehemaligen Hotelstadt Varosha. (Der Ort Varosha gehört seit der Teilung Zyperns zu einem der UN-Kontrolle unterstehenden, militärischen Sperrgebiet, welches nicht betreten werden darf. Nach über 30 Jahren Sperrung ist Varosha zu einer Geisterstadt verkommen, die im November 2020 von der nord-zyprischen Seite teilweise für touristische Besuche geöffnet wurde. Die bei einem Besuch Erdoğan in Nord-Zypern im Juli dieses Jahres angekündigten Pläne zur Wiederbesiedlung des Ortes riefen harsche internationale Kritik hervor. *Anm. d. Red.*) Schlötzer-Scotland verwies auf die mangelnde geschichtliche Aufarbeitung der Ereignisse auf Zypern seitens der Türkei und fragte *Güven*, welche dort mit Besucher*innen gesprochen hatte, nach den Eindrücken, die türkische Touristen von ihrem Besuch dieser Ruinenstadt schilderten.

Zumeist seien die Besucher der Ruinenstadt entweder Studierende aus der Türkei oder türkische Einwanderer, die sich in Nord-Zypern niedergelassen hätten, so *Güven*. Türkische Zypriener hätte die Journalistin dort keine angetroffen. Die gegenüber *Güven* geäußerten Eindrücke der Besucher wären durchweg trauriger Natur über die verlorene Schönheit des kleinen Ortes gewesen. Die Frage *Güvens*, ob die ursprünglich angestammten Einwohner des Ortes die Erlaubnis einer Wiederansiedlung bekommen sollten, hätte der Großteil ihrer Gesprächspartner entschieden bejaht.

Schlötzer-Scotland warf die Frage auf, ob die Öffnung der Stadt und die damit verbundenen Feierlichkeiten am Tag des Besuchs des türkischen Präsidenten nicht nur eine Provokation Zyperns, sondern auch der EU darstellten und welche Mittel die EU habe, solchen Provokationen entgegenzuwirken.

Meinardus widersprach zunächst der Annahme, dass es auf türkischer Seite an einer geschicht-

lichen Aufarbeitung der Ereignisse auf Zypern mangle. Es gebe eine medial sehr präzise Darstellung der Auseinandersetzungen. Jedoch würde sich diese ausschließlich auf die in den 1960er und 70er Jahren von griechischen an türkischen Zypern begangenen Gräueltaten beschränken. Mit der „ständigen Berieselung“ durch solche Darstellungen würde versucht, innerhalb der türkischen Bevölkerung einen Bruch etwaiger Vereinbarungen, welche für ein friedliches Miteinander beider Seiten getroffen worden seien, zu rechtfertigen.

Der Stadt Varosha falle laut *Meinardus* eine besondere Bedeutung zu, weil sie ursprünglich von griechischen Zypern besiedelt gewesen sei und im Gegensatz zu anderen Gebieten im Norden der Insel nach der Teilung nicht von türkischen Zypern bevölkert worden sei. Varosha wäre in der Vergangenheit als eine Art „Faustpfand“ der nord-zyprischen Seite genutzt worden, um der süd-zyprischen Seite bei einem Entgegenkommen in Verhandlungen eine mögliche Rückkehr der ehemaligen griechisch-zyprischen Stadtbevölkerung in ihre angestammten Wohnhäuser als vertrauensbildendes Zeichen des guten Willens in Aussicht zu stellen.

Die jetzige Entwicklung um diese Stadt stelle genau das Gegenteil dar und würde laut *Meinardus* nicht nur auf griechisch-zyprischer Seite, sondern auch in der internationalen Gemeinschaft für Entrüstung sorgen. Für eine Reaktion der EU sei der Spielraum jedoch sehr beschränkt, da diese gegenüber der Türkei „fast alle ihre Karten bereits ausgespielt“ habe und nunmehr einen „zahnlosen Tiger“ darstelle. Die Türkei sei international bereits weitgehend isoliert und Instrumente zur Anreizschaffung – wie die Weiterentwicklung der Zollunion oder eine Visa-Freiheit – seien derzeit ohnehin „eingefroren“. Vielmehr könne und wolle man in der EU der Türkei in Anbetracht ihrer geo-strategischen Relevanz nicht schaden.

Mögliche Lösungsansätze

Die Zypern-Frage findet als ein seit Jahrzehnten eingefrorener Konflikt in der tagespolitischen Agenda der EU-Staaten wenig Beachtung. Jedoch vergehe laut *Meinardus* „keine Sitzung der europäischen Außenminister“ oder der Staats- und Regierungschefs der EU, auf der das Thema

von Griechenland oder der Republik Zypern nicht angesprochen werde. Neben dem Konflikt um die Teilung Zyperns seien in der jüngsten Vergangenheit noch eine ganze Reihe anderer Konflikttherde zwischen Griechenland und Zypern auf der einen und der Türkei auf der anderen Seite aufgeflammt.

Güven unterstrich die verfahrenere Situation in den Verhandlungen beider Parteien mit dem Hinweis darauf, dass es nach dem ergebnislosen Ende des kürzlich stattgefundenen 63. Verhandlungstreffens von Diplomaten beider Parteien nicht einmal eine Erklärung über den Stand etwaiger Entwicklungen gegeben habe. Erdoğan könne und werde in dieser ausweglosen Situation die Eskalationshöhe immer wieder an sich reißen, so *Güven*. Eine ernsthafte, größere Auseinandersetzung beider Parteien schloss die Journalistin hingegen insbesondere aufgrund der „ganz offenen“ Parteinahme Frankreichs und der Vereinten Nationen für die griechische Seite aus.

In Bezug auf dritte Parteien im Konflikt wollte Moderatorin *Schlötzer-Scotland* wissen, wo Russland, China oder Staaten des Nahen Ostens in der Zypern-Frage stehen. *Meinardus* klärte auf, dass die besondere geo-strategische Lage Zyperns weltweite Aufmerksamkeit auf den Konflikt lenke. Jedoch wären weder Russland noch China oder andere Staaten an einer Zwei-Staaten Lösung des Zypern-Konflikts interessiert. China propagiere in der Zypern-Frage seine Position mit dem Slogan „One China – one Cyprus“ und unterstreiche – auch auf das eigene Land bezogen – dass die Abspaltung eines Landesteils nach ethnischen Kriterien nicht toleriert werden dürfe. Russland hingegen hätte ein besonderes Interesse an Zypern, weil der Süden der Insel Ziel russischer Investitionen in Milliardenhöhe sei und damit einen beliebten Standort für die Geldwäsche russischer Oligarchen darstelle. Es habe in der Vergangenheit große Skandale über käuflich erworbene EU-Pässe russischer Oligarchen auf Zypern gegeben, in die auch die Anwaltskanzlei der Familie des seit 2013 amtierenden zyprischen Präsidenten Nikos Anastasiadis involviert gewesen sein soll. Daher sehe *Meinardus* auch in Zukunft kein Einlenken größerer Mächte (auf Druck der türkischen Regierung hin) zur Anerkennung Nord-Zyperns.

Güven bedauerte die Tatsache, dass Zypern „auf beiden Seiten ein Ort für Geldwäsche geworden“ sei. „Alle wissen das, und alle lassen das zu“, sagte die Journalistin und bemängelte, dass nicht mehr dagegen unternommen werde. Sie vertrat den Standpunkt, dass die Berichterstattung in Griechenland über die Vorwürfe einer Verwicklung der Familie des amtierenden zyprischen Präsidenten Anastasiadis in solche Machenschaften unzureichend sei.

Dagegen erwiderte *Meinardus*, dass er persönlich die Informationen über den Skandal aus der griechischen Presse bezogen habe und nannte „die Wahrnehmung, dass Griechenland sich hundertprozentig hinter Zypern“ stellen würde, einen Trugschluss. Es sei zwar früher einmal so gewesen, dass Zypern eine zentrale Rolle für die griechische Politik gespielt habe, jedoch sei die Rolle Zyperns im griechischen Diskurs über den griechisch-türkischen Konflikt nicht mehr so zentral wie einst. Die Spannungen in der Ägäis und der damit verbundene Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland selbst hätten zwar nach wie vor höchste Priorität für die Griechen. Jedoch hätte bezüglich der Zypern-Frage laut *Meinardus* auch in der griechischen Politik eine große Ermüdung eingesetzt. Dies habe mit einer wiederholten Frustration griechischer Politiker über diverse verpasste Chancen einer Einigung seitens der Republik Zyperns mit Nord-Zypern zu tun.

In der Geschichte der Vermittlungsbemühungen hätte man aus Athener Sicht in Nikosia wiederholt akzeptable und in der Retrospektive sehr vorteilhafte Angebote von türkisch-zyprischer Seite annehmen und nicht ablehnen müssen. Beispielsweise hätte eine Einigung nach dem sogenannten „Acheson-Plan“ von 1964, der von den griechischen Zyprern abgelehnt worden sei, ihnen fast die gesamte Insel zugesprochen. Selbst der Annan-Plan hätte deutlich größere Territorien für die griechischen Zyprer beinhaltet, als sie derzeit tatsächlich hielten. Historisch gesehen habe laut *Meinardus* die Kompromissbereitschaft der türkischen Seite mit den Jahren deutlich abgenommen. Wegen der seinerzeit verpassten, für die griechischen Zyprer vorteilhafteren Gelegenheiten einer Einigung ärgere sich Athen über Nikosia.

Schlötzer-Scotland pflichtete der „Geschichte der verpassten Gelegenheiten“ bei und teilte die Einschätzung, dass die Zypern-Frage in Griechenland lange nicht eine so große Rolle spielt wie die eigenen Streitigkeiten mit der Türkei um die Seegrenzen in der Ägäis. Zypern sei nach längerer Zeit erst wieder in der öffentlichen Debatte Griechenlands präsent gewesen, als die jüngsten Provokationen und Rechtsbrüche von türkischer Seite aufgenommen worden seien. Dies sei im Übrigen auch in der türkischen Öffentlichkeit so gewesen. Zypern hätte dort in der Vergangenheit keine Rolle gespielt, bis die letzten, „sehr spektakulären“ Aktionen Erdoğan die Zypern-Frage wieder in die Öffentlichkeit gerückt hätten. Offenbar würde Erdoğan die Unterstützung der Nationalisten in der Türkei brauchen und sei deshalb auf Eskalation in der Zypern-Frage aus gewesen, schlussfolgerte *Schlötzer-Scotland*.

Schaut man sich die derzeitigen Umfragen unter türkischen Wählern an, so steht es laut *Güven* für Erdoğan's Regierungspartei AKP sehr schlecht, weshalb er in seiner Regierungskoalition maßgeblich auf die Unterstützung der Nationalisten von der MHP und der BBP angewiesen sei. Außenpolitischen Entwicklungen läge laut *Güven* daher ein innenpolitisches Kalkül zugrunde. Expansionistische Rhetorik im Äußeren und eine Verschärfung der Spannungen zu den Nachbarstaaten würden dazu führen, dass sich im Inneren Unterstützer unterschiedlicher Couleur, nicht zuletzt auch nationalistischer Gesinnung, hinter dem Präsidenten scharen würden. *Güven* führte daher äußere Bedrohungs- und Einmischungsnarrative, eskalierende Schritte wie jüngst in der nord-zyprischen Stadt Varosha und die Festlegung auf die Zwei-Staaten-Lösung auf den Versuch zurück, die innenpolitische Unterstützung für die Regierung Erdoğan's aufrechtzuerhalten. Jedoch werde dieser Zugewinn an Unterstützung angesichts der negativen Auswirkungen einer konfrontativen Außenpolitik auf die Wirtschaft, verbunden mit der sich immer weiter verbilligenden türkischen Lira, nicht lange aufrechterhalten werden können.

Nichtsdestoweniger blieben insbesondere die Streitigkeiten um die griechisch-türkische Seegrenze und die damit verbundene ausschließliche Wirtschaftszone der Türkei Phänomene,

welche das vitale Interesse der Türkei betreffen und auch schon vor Erdoğan's opportunistischem Schwenk zum Nationalismus nicht gelöst werden konnten. Die Frage der Seegrenzen bleibe daher eine grundlegende Frage türkischer Politik und erfordere die Mediation einer dritten Partei, um langfristig wieder eine fruchtbare Partnerschaft der beiden Länder Türkei und Griechenland zu ermöglichen.

Güven stellte fest, dass die einzige Institution, welche in diesem Konflikt als Vermittlerin auftreten könne, die EU sei. Hierfür müsse die EU der Türkei aber „ein bisschen mehr Hoffnung“ durch die Schaffung von Anreizen geben, welche Kompromisse erleichtern würden. Beispielsweise sei die lange anvisierte Modernisierung der Zollunion mit der Türkei ein sehr realistisches und gleichzeitig äußerst praktikables Instrument der Anreizschaffung. Außerdem beherberge die Türkei derzeit über vier Millionen Geflüchtete. Unter anderem sei die Zahl aufgrund der Weigerung der EU, weitere Geflüchtete aufzunehmen, so hoch geworden. Sollte die EU weiterhin keine größere Anzahl dieser Geflüchteten aufnehmen wollen – was *Güven* allerdings als nicht gangbaren Weg erachte – müsse die Unterstützung für die Türkei vonseiten der EU noch weiter ausgebaut werden. Dies seien nur zwei Beispiele, wie man Erdoğan dazu bringen könnte, sich kooperativer zu verhalten.

Fragen aus dem Publikum

Der Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft *Dr. Hansjörg Brey* übermittelte Publikumsfragen, die über die Fragen und Antworten-Funktion der Live-Übertragung eingereicht worden waren, an die Expert*innen auf dem Podium: Wie wird derzeit die Kontrolle Geflüchteter aus dem Norden an der sogenannten „Grünen Linie“, also der militärischen Pufferzone zwischen den beiden Landesteilen, gehandhabt? Wie begründet die griechisch-zyprische Seite die Abschottung, obwohl sie diese Grenze als künstlich und illegitim bezeichnet?

Schlötzer-Scotland erklärte, dass es derzeit Geflüchtete afrikanischer Herkunft gebe, die schon seit ein paar Wochen oder sogar Monaten in der Pufferzone campierten. Das Problem sei hierbei, dass sich keine der beiden Seiten für

die Geflüchteten in dieser Region für zuständig halte und deshalb auch beide Länder die Aufnahme der Menschen ablehnten. Auf ihren kürzlichen Reisen nach Nord-Zypern habe Schlötzer-Scotland mehrfach bemerkt, dass auffällig viele aus afrikanischen Ländern stammende Studierende an den meist privaten Universitäten Nord-Zyperns eingeschrieben seien. Sie befürchte, dass es „eine Art Business“ gebe, in dem Studierenden afrikanischer Länder suggeriert werde, dass sie durch ein Studierenden-Visa für Nord-Zypern in die EU einreisen könnten. Die Opfer dieses Trugschlusses würden sich dann in Nord-Zypern gestrandet wiederfinden.

Meinardus ergänzte, dass die Anzahl der Geflüchteten, die aus Nord-Zypern über die Grüne Linie in den Süden gelangt sei, in den letzten Monaten zugenommen habe. Außerdem gebe es vonseiten der griechisch-zyprischen Seite den Vorwurf, dass es eine gezielte Instrumentalisierung der Geflüchteten à la Lukaschenko gebe. Was sich derzeit an der Grenze zwischen Belarus und Polen zuträgt, würde auch durch die Regierung Nord-Zyperns an der Grenze zur Republik Zypern durchgeführt.

Eine weitere Publikumsfrage betraf den Vorwurf, die Türkei habe sich durch ihre Intervention und die Stationierung von Truppen auf Zypern einer Völkerrechtsverletzung schuldig gemacht. Sei dies zutreffend?

Meinardus stellte klar, dass die Vereinten Nationen durchaus die Stationierung türkischer Truppen auf Zypern kritisiert hätten und über den UN-Sicherheitsrat Resolutionen mit Forderungen nach dem Abzug der Truppen verabschiedet hätten. *Güven* spezifizierte, dass es wichtig sei, die zwei Interventionen, die es auf Zypern gegeben habe, zu unterscheiden. Die erste Intervention sei eine völkerrechtlich legitime „Reaktion der Garantiemächte“ gewesen, wohingegen nach der zweiten Intervention der Verbleib einer großen Anzahl türkischer Truppen vonseiten der griechischen Zyperer völkerrechtlich als Besatzung eingeordnet werde.

Nach *Meinardus* entfällt für die zweite Intervention durch türkische Truppen die völkerrechtliche Legitimität durch die Tatsache, dass die verfassungsmäßige Ordnung im Land schon vor der

Intervention wiederhergestellt gewesen sei. In den Verträgen von 1960 werde der Türkei die Stationierung von 650 Soldaten erlaubt. Die Anzahl der derzeit (Schätzungen zufolge) mehr als 30.000 türkischen Soldaten übersteige die völkerrechtlich zugestandene Anzahl daher bei weitem.

Eine dritte Publikumsfrage erkundigte sich nach der Einordnung des Sachverhalts, dass ganz Zypern der EU beigetreten ist und damit auch Nord-Zyprer Teil der EU sind und in ihrer Mehrheit die Staatsangehörigkeit der Republik Zypern haben. Darüber hinaus wurde um eine Einschätzung des eskalationsfreudigen Auftretens der Türkei im östlichen Mittelmeer gebeten.

Moderatorin *Schlötzer-Scotland* klärte vorerst zur Einordnung auf, dass diejenigen unter den türkischen Zyperern, die nachweisen konnten, dass ihre Familien schon seit mehreren Generationen auf Zypern gelebt hatten, ein Anrecht auf eine Staatsangehörigkeit der Republik Zypern haben. Die meisten der türkischen Zyperer hätten von diesem Recht auch Gebrauch gemacht. Diejenigen Türken, die sich erst kürzlich in Nord-Zypern angesiedelt haben, hätten jedoch keinen Anspruch darauf.

Bezogen auf das aggressive Verhalten der Türkei im östlichen Mittelmeer äußerte *Güven* die Einschätzung, dass Erdoğan letztlich trotz großer Kritik an seinen Provokationen durch selbige auch immer Vorteile für die türkische Position gegenüber der EU erziele. Anderer Ansicht war *Schlötzer-Scotland*. Sie führte das provokative Gebaren des türkischen Präsidenten eher auf innenpolitisches Kalkül zurück. Sie warf außerdem die Frage auf, ob die umkämpften Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer angesichts der sich abzeichnenden Energiewende überhaupt jemals ausgebeutet werden würden.

Der Möglichkeit, dass der Streit um die Gasvorkommen sich in Zukunft als obsolet erweisen könnte, pflichtete *Roland Meinardus* bei. Er griff auch die von *Banu Güven* geforderte Vermittlerrolle der EU auf und drückte seine Zweifel an der Realisierbarkeit einer solchen Forderung aus. Es sei zwar richtig, dass in Fällen von Streitigkeiten zwischen zwei Ländern in der internationalen Politik ein neutraler Vermittler

zielführend sei. Jedoch wäre die EU für eine Vermittlerrolle in der Zypern-Frage keine geeignete Kandidatin. Das läge einerseits an der Schwäche der EU und der Uneinigkeit ihrer Mitgliedsstaaten. Vor allem aber fielen die EU als Vermittlerin in der Zypern-Frage aus, weil sie in dieser Frage nicht neutral bleiben könne.

Eine neutrale Vermittlerrolle können nach Einschätzung von *Meinardus* nur die Vereinten Nationen im Zypern-Konflikt einnehmen. Die Erdgas-Streitigkeiten zwischen Griechenland und der Türkei seien im Gegensatz zur Zypern-Frage jedoch ein weltweit wiederkehrendes, traditionelles Phänomen von Grenzstreitigkeiten, für das es wie in anderen, so auch in diesem Fall, nur eine Lösung über internationale Gerichte geben könne. In Bezug auf das östliche Mittelmeer zog *Meinardus* ein ernüchterndes Urteil über die Chance einer baldigen Lösung des Konflikts. Es fehle auf beiden Seiten der politische Wille für einen historischen Kompromiss.

Die letzten Fragen der Diskussionsrunde stellte *Hansjörg Brey*: Wie wahrscheinlich ist es, dass Erdoğan die Eskalationsspirale schlussendlich dennoch bis hin zu einer Teilung Zyperns treiben wird, und wie müsste die Türkei-Politik der neuen deutschen Bundesregierung aussehen – inwieweit sollte sie sich von derjenigen der vorherigen Regierung unterscheiden?

Laut *Schlötzer-Scotland* sei die Teilung Zyperns in Form einer Zwei-Staaten-Lösung unrealistisch. Es werde keine Statusänderung Zyperns geben, da ein unabhängiges Nord-Zypern von keinem anderen Land anerkannt werden würde. Am Status quo werde sich daher auch nach weiteren Provokationen von türkischer Seite nichts ändern. *Güven* war der Meinung, dass Erdoğan die Kleinstadt Varosha in Zukunft noch weiter öffnen und größere Besiedlungsprojekte forcieren werde. Insbesondere nationalistisch eingestellte Staatsangehörige der Türkei würden sich laut *Güven* in Zukunft im Norden Zyperns ansiedeln. Es läge nämlich im Interesse der Türkei, den türkisch-griechischen Bevölkerungsunterschied auf der Insel zahlenmäßig auszugleichen. Hier hielt *Schlötzer-Scotland* dagegen, dass Nord-Zypern mittlerweile auch für Oppositionelle aus der Türkei zu einem beliebten Rückzugsort avanciert sei.

Die Vermittlerrolle der NATO würde, so *Meinardus*, in diesem Konflikt unterschätzt. Es gäbe hinter verschlossenen Türen intensive, vertrauensbildende Verhandlungen auf militärischer Ebene, die von der NATO begleitet würden und in hohem Maße zur Vermeidung einer weiteren Eskalation beitragen. *Meinardus* widersprach *Schlötzer-Scotland* in ihrer Einschätzung, dass weitere Provokationen von türkischer Seite folgenlos bleiben würden. Das Ende der Eskalationsspirale sei noch nicht erreicht und es gebe durchaus weiteres, vonseiten der Türkei auszu-schöpfendes Eskalationspotenzial in der Zypern-Frage. Als beispielhaftes Worst-Case-Szenario könnte laut *Meinardus* eine türkische Annexion Nord-Zyperns stehen.

Einen möglichen Wandel der Türkei-Politik der neuen Bundesregierung bezeichnete *Meinardus* als Illusion. Die Außenpolitik Deutschlands hätte in der Zypern-Frage aufgrund ihrer grundsätzlichen Normgebundenheit und der Mitgliedschaft sowohl Deutschlands als auch der Republik Zypern in der EU nur sehr wenig Spielraum. Die Ablehnung einer Teilung der Insel und der türkischen Einflussnahme in Nord-Zypern stelle daher eine grundlegende Stoßrichtung der Bundesregierung dar.

Die große strategische Frage sei vielmehr, in welche Richtung die Türkei in Zukunft steuern werde. Die türkische Gesellschaft sei zwar eine weitgehend demokratisierte Gesellschaft und es rege sich sowohl in Nord-Zypern als auch innerhalb der Türkei Widerstand gegen ein Annexions-Szenario. Nichtsdestoweniger gebe es mittlerweile sehr einflussreiche Kreise innerhalb der Türkei, die einen perspektivischen EU-Beitritt aufgegeben hätten und eine grundsätzliche Westbindung des Landes ablehnen würden. Diese Entwicklung dürfte nicht im Interesse Deutschlands und der EU sein und sei laut *Meinardus* keinesfalls im Interesse Griechenlands oder Zyperns.

Wenn man den griechischen Diskurs über die griechisch-türkischen Beziehungen und die Türkei genauer betrachte, könne man erkennen, dass es in Griechenland mehr Unterstützer einer Westbindung und einer Anbindung der Türkei an die EU gebe, als das in Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern der Fall sei.

Meinardus erklärte, dass der einzige Weg zu einer friedlichen Lösung der Zypern-Frage und des griechisch-türkischen Konflikts die Anbindung der Türkei an den Westen darstellt. Dieser

Einschätzung pflichtete die Moderatorin *Christiane Schlötzer-Scotland* bei und beendete das Online-Gespräch mit einer Danksagung und Verabschiedung.

Interdisziplinäres Symposium

Nomen est omen –

Die Bedeutung von Namen in südosteuropäischen Kulturen

Veranstalter: Balkanologenverband e.V., Europäische Akademie Berlin, Schroubek-Fonds Östliches Europa sowie Südosteuropa-Gesellschaft, Berlin, 28.–30. Oktober 2021

Bericht von Petra Himstedt-Vaid und Lumnije Jusufi (beide Berlin)

Zu dem interdisziplinären Symposium kamen Wissenschaftler*innen unterschiedlichster Disziplinen zusammen, um ihre Untersuchungen und Projekte zur Frage, welches die Konnotationen und Narrative von Namen sind, darzustellen und zu diskutieren. Die Tagung verfolgte folgende Fragestellungen: Welches sind die Benennungsmotive von Namen in Südosteuropa in geographischen, politischen, sozio-ökonomischen und künstlerischen Räumen, synchron und diachron? Durch welche Einstellungen und Absichten sind sie zu erklären? Unter welchen Rahmenbedingungen finden sie auf welche Weise Verwendung und werden aufrechterhalten, ausgetauscht oder aufgegeben?

Die Präsidentin des Balkanologenverbandes, *Gabriella Schubert*, begrüßte die vor Ort anwesenden und online zugeschalteten Teilnehmer*innen. Es sei im Vergleich zu früheren Tagungen wegen einiger pandemiebedingter Absagen eine kleine Runde, aber endlich treffe man sich wieder als Person. Der Kreis der Balkanologen sei immer klein, aber er öffne sich interdisziplinär. Die Namensforschung erfreue sich neben der wissenschaftlichen Erforschung auch einer Popularisierung in der Gesellschaft, denn viele Menschen wollten wissen: Wo kommt mein Name her?

Das Panel I „Zur Bedeutung von Namen in historisch-politischen Kontexten“ wurde durch einen einführenden Vortrag mit der Darstellung von Exonymen und Endonymen eröffnet. *Peter Jordan* (Wien) gab in „Die Verwendung von Exo-

nymen in mittel- und südosteuropäischen Schulatlanten als Ausdruck des politischen Wandels“ einen Überblick über die Namensgebung und den Prozess des Benennens. Endonyme sind Ausdruck von Besitz, Haus, Berg, Gewässer, bei der die nächstliegende Gemeinschaft das Recht hat, das Endonym zu vergeben. Exonyme sind die Benennung nach außen und auf natürlichem Wege entstanden, manche von oben oktroyiert. Sie haben meist praktische Gründe, um das Fremde nicht noch mehr zu entfremden. Geographische Namen spiegeln somit die Unterscheidung nach „mein, dein, unser“ und das Bedürfnis nach Territorialität wider. Anhand von Schulatlanten in verschiedenen Ausgaben stellte Jordan den Exonym- und Endonymgebrauch vor und nach der Wende in verschiedenen Ländern (Österreich, Tschechoslowakei/Tschechien, Ungarn und Rumänien) gegenüber. Insgesamt sei eine deutliche Akzeptanz von Endonymen nach der politischen Wende zu beobachten. In der folgenden Diskussion wurde auf die Problematik der an die Standardsprache angepassten Toponyme hingewiesen. Des Weiteren wurde die Frage nach der Methodik der Kartenerstellung gestellt, welche auf zwei Wegen realisiert würde, Bottom-up (empirisch) und Top-down (normativ).

Kira Sadoja (Düsseldorf) stellte in „Die Kampagne der Ortsnamenänderungen in Transkarpatien nach 1945 als Spiegelbild der sowjetischen Nationaldoktrin“ ihre Studien im Zeitraum von 1987 bis 2013 mit Informationen aus 86 karpatischen Dörfern vor. Zu Beginn des Vortrags